



NIEDERSCHRIFT

15. Gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	9. Juli 2015
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	19:40 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Enzmann, Andreas
Fischer, Wilhelm
Girardi, Donato
Gürkan, Benjamin
Hofmann, Doris
Hofmann, Heike
Naas, Stefanie
Sausner, Barbara

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Pohl, Edgar
Snitil, Melinda
Weichert, Peter

ALW-Fraktion

Geertz, Matthias
Hamm, Udo Dr.
Petri, Heinz-Ludwig
Pohl, Barbara Dr.

FWW-Fraktion

Moczygomba, Eugen
Störmer, Gerd

Magistrat

Bormet, Helmut
Höll, Herbert
Mager, Philipp
Möller, Ralf
Reitz-Gottschall, Angelika
Röhrig, Reinhold
Spätling-Slomka, Dorothea

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Keil, Margot

Schriftführung

Lachnit, Petra

Verwaltung

Risch, Horst
Wilhelm, Monika

Presse

Darmstädter Echo: Dr. Marc Wickel

Gäste

Geißer, Tom

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Kultur, Frau Dr. Barbara Pohl, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung ist unter Top 1 zu korrigieren. Es ist die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom **22.01.2015** zu beschließen.

Desweiteren wurde der Antrag der SPD-Fraktion nochmals als Tischvorlage verteilt. Auch hier hat sich beim Schreiben der Drucksachennummer ein Fehlerteufel eingeschlichen.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 22.01.2015	
2. Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und Konzept Sozialwohnung in Weiterstadt; Antrag der ALW-Fraktion	IX/1023
2.1. Bedarf von bezahlbarem Wohnraum; Antrag der SPD-Fraktion	IX/1023/1
3. Erstattung von Betreuungsgebühren aufgrund des Streiks	IX/1076/1

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 22.01.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und Konzept Sozialwohnung in Weiterstadt; Antrag der ALW-Fraktion

Drucksache: IX/1023

Tagesordnungspunkt 2.1

Bedarf von bezahlbarem Wohnraum; Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache: IX/1023/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 23.04.2015 den Antrag der ALW-Fraktion und am 25.06.2015 den Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Heinz-Ludwig Petri erläutert den ALW-Antrag. Er verdeutlicht nochmals, dass ein Konzept für die Zukunft, die Planungen sollten die nächsten 10 Jahre umfassen, aufgrund des geringen Angebots an günstigen Wohnraum für ältere Mitbürger, Alleinstehende, Flüchtlinge und finanziell schwache Menschen und Familien, erstellt werden soll. Dabei sollen städtische Liegenschaften und Grundstücke mit in die Planung einbezogen werden.

Andreas Enzmann erklärt, dass Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau gebraucht werden, die die Stadt nicht hat. Daher schlägt die SPD in ihrem Antrag vor, gezielt nach Investoren zu suchen und auf diese zuzugehen.

Edgar Pohl für die CDU-Fraktion erklärt, dass tendenziell beide Anträge Zustimmung finden. Bei den Planungen sollen jedoch städtebauliche Aspekte, wie unangemessene Verdichtung Berücksichtigung finden.

Unterschiedliche Auffassungen werden hinsichtlich des Geländes Ludwigstraße vertreten. Daraufhin beantragt die SPD-Fraktion über jeden einzelnen Punkt des ALW-Antrages abzustimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Antrag der ALW-Fraktion:

1. Der Magistrat wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme der bestehenden Sozialwohnungen einschließlich der Mietpreise in Weiterstadt zu erstellen und diese zusammen mit der Warteliste für Sozialwohnungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Der Magistrat wird beauftragt, eine Bedarfsanalyse und ein Konzept zur Schaffung von Sozialwohnungen in den nächsten 10 Jahren zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

16	Ja-Stimmen	(4 CDU, 1 FWW, 3 ALW, 8 SPD)
2	Enthaltungen	(1 FWW, 1 ALW)

3. Das Baugrundstück Braunshardt, Ludwigstraße 43 wird bis zur Vorlage und Beschluss über das Konzept zur Schaffung von Sozialwohnungen in den nächsten 10 Jahren nicht veräußert.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen	(4 ALW)
14	Nein-Stimmen	(8 SPD, 2 FWW, 4 CDU)

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken. Dazu gehört:

- Eine aktive Suche nach und Verhandlung mit Investoren über den Bau geeigneter Häuser;
- Bei zu realisierenden städtischen Vorhaben soll ein größtmöglicher Anteil für den geförderten Wohnungsbau reserviert werden, städtische Grundstücke sollen daher Wohnungsbaugenossenschaften angeboten und Wohnbaureserveflächen für öffentlich geförderten Wohnungsbau baureif gemacht werden;
- Eine geeignete Bauleitplanung, zum Beispiel Ausweisung von Bauland für Mehrfamilien- und Appartmenthäuser;
- Eine gezielte Werbung für Fördermöglichkeiten zur Herstellung von altersgerechten und barrierefreien Wohnungen (auch im Bestand).

Abstimmungsergebnis:

16	Ja-Stimmen	(4 CDU, 1 FWW, 3 ALW, 8 SPD)
2	Enthaltungen	(1 FWW, 1 ALW)

Somit ist der Antrag angenommen.

Tagesordnungspunkt 3

Erstattung von Betreuungsgebühren aufgrund des Streiks

Drucksache: IX/1076/1

Der Magistrat hat gemäß § 10 der Geschäftsordnung die Drucksache direkt an Ausschuss weitergeleitet.

Bürgermeister Möller teilt mit, dass die Satzung eine Erstattung nicht vorsieht. Mit der Kommunalaufsicht wurde das Vorhaben besprochen und eine Erstattung dennoch für möglich erachtet,

im Hinblick darauf eine Klagewelle der Eltern zu vermeiden. Es erfolgt eine Tag genaue Berechnung des Erstattungsbetrages. Das Essensgeld wird zu 100% erstattet.

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Erstattung von 80% der Betreuungsgebühr in Krippe, KiTa und Schulkinderbetreuung an den Streiktagen wird zugestimmt. Die Abrechnung orientiert sich an den Tagessätzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Dr. Barbara Pohl
Vorsitzende des
Ausschusses für
Soziales und Kultur

Wilhelm Fischer
Vorsitzender des
Haupt- und
Finanzausschusses

Petra Lachnit
Schriftführung